

# Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden  
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 3.

Charlottenburg, Freitag, den 21. Januar 1921.

Jahrg. 48.

## Nachtrag zum Ortsklassenverzeichnis des Tarifvertrages.

In Klasse IIa ist Delitzsch in Sachsen und Gallern bei Regensburg einzutragen. — Die Zahlstellenverwaltungen und Betriebsräte wollen nicht unterlassen, diese und alle Änderungen, die wir von Zeit zu Zeit veröffentlichen werden, in die ihnen vom Verbandsbureau zugestellten gehefteten Tarifverträge einzutragen.

Der Verbandsvorstand.

## Material zur Sozialisierungsfrage.

Das Sozialisierungsproblem entbehrt bis heute der gründlichen Durchforschung, sowohl in der Tiefe als auch in der Breite, um es richtig abzugrenzen. Es wird als politisches Problem behandelt und durch Aufstellung ethischer und sozialer Forderungen unterbaut, dagegen ist es von der wirtschaftlich-technischen Seite zu wenig beleuchtet und mit dem Erfahrungssatz der Praktiker, die die Menschen richtig zu werten wissen, ungenügend durchgeprüft worden.

Was soll mit der Sozialisierung denn erreicht werden? Die Güterproduktion soll gesteigert und verbilligt werden, damit jeder Volksgenosse mit dem Ertrag seiner Arbeit eine größere Menge an Gütern zu erstehen, einzutauschen vermag. Wer zu wenig Güter hat, soll mehr erhalten, als er bisher erhalten konnte. Ist doch Geld nichts weiter als eine Anweisung auf Güter!

Während in der kapitalistischen Wirtschaft der Profit im Mittelpunkt steht und bestimmt, wie und was die Menschen zu produzieren haben, soll in der sozialistischen Wirtschaft der Mensch und die Erreichung der günstigsten ökonomischen und kulturellen Lage der gesamten Volksgenossen Zentralaufgabe sein. Ihm soll durch eine neue Rechtsform ein Mitbestimmungsrecht gesichert werden.

Das Problem der Produktionssteigerung und Verbilligung ist eine technische und eine psychologische Aufgabe. Erhebliche Mehrleistungen sind durch verbesserte Organisation und verbesserte Produktionsmittel, Werkzeuge und Maschinen zu erzielen, erhebliche Verbilligungen durch die gleichen Hilfsmittel und durch Vereinigung möglichst aller Stufen der Produktion unter zentraler Leitung, indem auf dem Wege von den Rohstoffen bis zu fertigen Erzeugnissen der Endindustrie jeglicher fremde Einfluß ausgeschaltet wird, indem die letzte Stelle des Produktionsprozesses, ja sogar die Verbraucher zu Selbstversorgern gemacht werden. Die psychologische Aufgabe besteht darin, das Interesse aller Arbeitnehmer an ihrer Arbeit und dem Gesamterfolg aufs höchste zu steigern, so daß sie freiwillig, ohne es als besonderes Opfer zu empfinden, zu quantitativ und qualitativ höchsten Leistungen kommen.

Wir arbeiten heute in der Verwaltungs- und in der Unternehmungsform. Wenn die sozialistische Wirtschaft eine höhere Wirtschaftsform werden soll, dann muß sie die den bestehenden Formen innewohnenden Vorzüge besitzen und die ihnen fehlenden beilegen. In sozialistischen, wirtschaftlich nicht genügend erfahrenen Kreisen wird das kapitalistische System in Grund und Boden verdonnert. Man glaubt es glatt übersehen zu dürfen, daß alle die gewaltigen technischen Leistungen der Gegenwart, von denen wir bis heute noch immer leben, doch das Endergebnis dieses kapitalistischen Systems sind, daß ihm also erwiesenermaßen ungeheure aufbauende Kräfte innewohnen. Es dürfte wohl auch in den Kreisen der wirtschaftlich geschulten Arbeiterschaft kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß wir nicht dem russischen Vor-

bild der Zerstörung zu folgen haben, sondern daß es einzig und allein die Aufgabe sein muß, die gewaltigen lebendigen Kräfte des Kapitalismus wirksam zu erhalten, ja zu steigern, soweit sie einer organisierten, technisch leistungsfähigeren Wirtschaftsgestalt aufstreben.

Da in der kapitalistischen Wirtschaft der „Profit“ im Zentrum steht, müssen wir vor allem fragen: Worin besteht eigentlich seine Kraft, was leistet er besonderes?

Er zwingt, so rentabel als möglich zu arbeiten, er ist das Meßinstrument, das anzeigt, wie gearbeitet worden ist. Der Verwaltungswirtschaft fehlt dieses Meßinstrument. Er beruht auf der Bezahlung nach Leistung und Tüchtigkeit und besorgt die Auslese der Tüchtigsten, da jede minderwertige Arbeitskraft an einem Arbeitsplatz den Profit schmälert. Andererseits führt er zur Ausbeutung der Durchschnittskräfte.

Der Profit zwingt auch zur Uebernahme des Wagnisses seitens derer, die den Profit in die Tasche stecken wollen. Aus Profitinteresse holt der Unternehmer die tüchtigsten Arbeitskräfte nach oben zu sich herauf.

Stellen wir nun weiter die Frage: Was fehlt der profitlosen bürokratischen Verwaltungswirtschaft? Vor allem die materielle Verknüpfung der Leiter mit ihrem Betrieb. So schnell, wie sie ihn übernehmen, so leicht können sie ihn verlassen, ihn seinem Schicksal preisgeben. Es fehlt also der Leitung die Festigkeit bei der Verteidigung des Betriebes gegen Angriffe auf seine Existenzbedingungen.

Die Unmöglichkeit, nach Leistung und Tüchtigkeit zu bezahlen, da der Verwaltungsleiter nicht die Freiheit und Selbstständigkeit hat, wie der Unternehmer. Der Verwaltungsleiter kann durch Begünstigung und Bestechung den Betrieb betrügen, der Unternehmer wird sich aber niemals selbst betrügen. Daher wird der Verwaltungsleiter Aufsichtsbehörden unterstellt, die ihm auf die Finger sehen müssen, ihnen damit aber die Freiheit nehmen.

In der Verwaltungswirtschaft fehlt der Schutz gegen die Forderungen von oben. Die Furcht vor dem aufsteigenden tüchtigeren Konkurrenten führt dazu, daß in der Verwaltung ein Druck von oben nach unten aus Selbsterhaltungstrieb der Oberen ausgeübt wird. Aber auch der Schutz gegen Angriffe von unten fehlt. Der Leiter fürchtet, sich unbeliebt zu machen, er ermüdet gegen die Angriffe, er opfert den Betrieb, der ja nicht sein eigener ist. Damit rettet er seine Stellung und erleichtert sich selbst das Leben. In der zentralisierten bürokratischen Verwaltung kann sich der Leiter mit den Vorurteilen der übergeordneten Stelle bedecken, womit er aber seine eigene Freiheit und Selbstständigkeit opfert. Die Uebernahme persönlichen Risikos zwecks Erprobung neuer Einrichtungen usw. ist ausgeschlossen, die Freude am Selbstgeschaffenen, am eigenen Werk ist genommen, weil alles Kompromißwerk wird.

Tritt nun die Selbstverwaltung an die Stelle der bürokratischen Verwaltung, an die Stelle des Einzelleiters das Kollegium, so ergibt sich als neue Erscheinung der starke Verbrauch an Kräften und Zeit in hundertfältigem Kleinkampf. Die Mehrheit entscheidet, die Minderheit muß oder soll aber die Verantwortung für Beschlüsse mittragen, gegen die sie gestimmt hat. Die Gefahr der Spaltung ist gegeben. Weiter erhält die Parteilagergruppierung ausschlaggebende Bedeutung im Betrieb. Cliqueswesen, Bettlernwirtschaft, Regisseurarbeit entstehen, bei dem geringsten Mißerfolg Sturmlauf gegen die Leitung, die aufsteigt. Der Betrieb ist schutzlos, wie irgend kann, sucht persönlichen Nutzen aus der Stellung und dem Betrieb auf Kosten des Ganzen



zu erlangen, der Ausschluß einzelner trifft auf den Widerstand von Gruppen, die dann gegeneinander kämpfen.

Die vorstehende Zusammenfassung gibt erst ein oberflächliches Bild. Jeder, der einige Jahrzehnte in der Verwaltung, in der kapitalistischen Unternehmung und in der Produzentengenosenschaft gestanden hat, wird die Skizze selbst auszeichnen können. Wenn wir nun dieses Bild vor uns haben, das uns die Wirklichkeit zeigt, das uns sagt, daß Menschen eben keine Bausteine sind, sondern ihren Willen und Egoismus haben, daß sie Freiheit fordern, um sich in der schaffenden Arbeit selbst auszuleben, dann erkennen wir ungefähr, wie wir in dieses Bild die roten Töne hineinzubringen haben, die aus ihm ein neues Bild der sozialen Gerechtigkeit und Freiheit der Persönlichkeit machen, das Bild einer sozialisierten Wirtschaft.

Steht in technisch-wirtschaftlicher Beziehung der Unternehmerbetrieb bisher als der leistungsfähigste da, so ist zu untersuchen, wie seine Leistungsfähigkeit weiter gesteigert werden kann, und wie er sozial einzustellen ist, damit der kapitalistische Charakter einem sozialistischen Platz macht, d. h. wie er direkt in den Dienst der Gesamtheit der Gesellschaft gestellt wird. Mit anderen Worten ausgedrückt, ist die Frage aufzuwerfen, wie aus dem kapitalistischen Unternehmer der sozialisierte Unternehmer gemacht werden kann. Folgende Forderungen wären wohl zu stellen:

1. Das Verhältnis der Arbeitnehmerschaft zum Unternehmer ist sozial zu bestimmen.
2. Die Verfügung über den erzielten Profit ist sozial einzuschränken.
3. Die Unternehmung ist richtig in den Wirtschaftsprozess einzuordnen, um eine planmäßige Gemeinwirtschaft von höchstem Gesamtwirkungsgrad zu schaffen.

Die Tatsache, daß irgendein Betrieb aus der Hand des Unternehmers in den Besitz der Allgemeinheit übergeführt wird, genügt in keiner Weise, um das Interesse des einzelnen am Betrieb und an seiner Arbeit erheblich zu steigern. Bei weitaus dem größten Teil der Arbeitnehmerschaft spielt die Höhe des Lohnes, die Gewährung von Prämien eine angenehm empfundene persönliche Fürsorge, das Bewußtsein, daß der Profit der Allgemeinheit zugute kommt, vor allem, daß für Unparteilichkeit und Gerechtigkeit gesorgt ist, eine viel bedeutungsvollere Rolle als die Frage, wem gehört der Betrieb. Die entscheidende Frage ist, wer, welche Persönlichkeit leitet den Betrieb. Versteht es die leitende Persönlichkeit nicht, bei aller sachlichen Tüchtigkeit, sich die besondere Achtung, Zuneigung und Anhänglichkeit der ihr untergeordneten Arbeitnehmerschaft zu sichern, dann wird selbst in einem kommunistischen Betrieb eine kalte Atmosphäre herrschen, ein gedeihliches Zusammenarbeiten, in dem jeder sein Bestes hergibt, nicht möglich sein. Soweit die Menschen mit ihrem Arbeitswillen neben der Organisation einen Einfluß auf den Arbeitserfolg ausüben können, hängt dieser entscheidend von der in der Leitung stehenden höchsten Persönlichkeit ab.

In der kapitalistischen Wirtschaft wird dem Arbeitnehmer offenbar, daß mit dem aus seiner Mitarbeit gezogenen Tribut und dem als Gesamttribut sich bildenden Unternehmerprofit gegen seine eigenen und die Interessen seiner Klassengenossen gewirtschaftet wird. Hier entwickelt sich vor allem der Haß gegen den Kapitalismus, der aus dem Tribut des Arbeiters die Mittel zu seiner politischen Unterdrückung und wirtschaftlichen Ausbeutung entnimmt. In der kapitalistischen Wirtschaft wird dem Arbeitnehmer ferner offenbar, daß die Unternehmung, der er dient, in großem Umfang im Wirtschaftsprozess nicht richtig eingegliedert wird, weil sich der Unternehmer selbst gegen diese Eingliederung sträubt.

So stellt sich uns die Aufgabe, zu untersuchen, ob es praktisch möglich ist, die oben gestellten drei Bedingungen so zu erfüllen, daß aus der kapitalistischen Unternehmung die sozialisierte Unternehmung entstehen kann. In 1 und 3 haben das Betriebsrätegesetz und die von Rudolf Düssel entwickelten planwirtschaftlichen Gedanken Unterlagen ergeben, um heraus aufzubauen für die sozialisierte Unternehmung als Zelle der sozialisierten Wirtschaft und Gesellschaft errichtet werden können. Die bisher entstandenen kapitalistischen Selbstorganisationen und Trusts entsprechen zwar den technisch-wirtschaftlichen Forderungen an eine sozialisierte Unternehmung, nicht aber den psychologischen und sozialen Bedingungen. Sie sind Verwaltungen geworden und haben die Schwächen des kapitalistischen Wirtschaftssystems bereits in hohem Maße angenommen. Wir brauchen jetzt endlich die positive Mitarbeit der Wirtschaftsführer, vor allem unserer hochqualifizierten Betriebsleiter, um das Problem der Sozialisierung aus der politischen Agitation heraus zur positiven praktischen Gestaltung bringen zu können. Als Material mögen die vorstehenden Ausführungen Beachtung finden.

Herzenswärme, Liebe und Vertrauen schaffen erst die Atmosphäre, in der wir uns wohl fühlen. Sie müssen auch bei unserer Arbeit ständig Gast sein. Sozialisieren kann darum nur heißen, uns in Kreise hineinstellen, in denen wir uns wohl und warm fühlen können. Die Qualität der Menschen, der Führer und Geführten wird den Ausschlag geben.

(„Betriebsrätezeitung.“)

## Das Existenzminimum im Dezember 1920.

Von Dr. H. Kuczynski, Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg.

Infolge der Einschränkung in der amtlichen Zuteilung von Fetten und des Steigens zahlreicher Preise im freien Handel waren die Kosten des Existenzminimums im Dezember merklich höher als in den Vormonaten. In Groß-Berlin kostete Milch 9mal soviel wie vor sieben Jahren, Brot und Gas 10mal soviel, Britetts 12mal soviel, Butter 14mal soviel, Zucker 15mal soviel, Margarine 18mal soviel, Kartoffeln 22mal soviel, Reis und Schmalz 30mal soviel. Dabei sind die Schleichhandelspreise noch nicht berücksichtigt. Für die rationierten Nahrungsmittel ergab sich im ganzen eine Verteuerung auf das Zwölfwache. In den fünf Wochen vom 29. November bis zum 2. Januar wurden an die Bevölkerung verteilt:

	Preis Dezember 1920 Pf.	Preis Dezember 1918 Pf.
9500 Gramm Brot . . . . .	2250	229
900 „ Roggemehl . . . . .	900	28
250 „ Feigwaren . . . . .	400	20
1250 „ Fleisch . . . . .	2451	225
80 „ Butter . . . . .	820	23
1875 „ Zucker . . . . .	1045	69
Zusammen	7866	592

Dieselben rationierten Mengen, für die man jetzt 73,66 M. zahlen muß, konnte man vor sieben Jahren für 5,92 M. kaufen. Diese rationierten Mengen enthalten nun aber im Wochendurchschnitt nur etwa 6900 Kalorien, d. h. ungefähr soviel wie ein zweijähriges Kind benötigt. Der Nahrungsbedarf eines Kindes von 6 bis 10 Jahren beträgt etwa 11 200 Kalorien, der einer Frau etwa 16 800 und der eines Mannes etwa 21 000 Kalorien. Um das Existenzminimum zu berechnen, wird man also für ein Kind von 6 bis 10 Jahren die rationierten Mengen durch Lebensmittel im Nährwert von 11 200 - 6900 = 4300 Kalorien ergänzen müssen. Eine Frau müßte sich zu der so errechneten Nahrungsmenge des Kindes noch Lebensmittel im Nährwert von 5600 Kalorien hinzukaufen, ein Mann darüber hinaus weitere Lebensmittel im Nährwert von 4200 Kalorien. Beschränkt man sich dabei soweit als tunlich auf die billigsten Nahrungsmittel, so stellt sich der wöchentliche Mindestbedarf für ein Kind von 6 bis 10 Jahren auf 24 M., für eine Frau auf 40 M., für einen Mann auf 57 M. (Die gleichen Nahrungsmengen kosteten im Dezember 1913 für ein Kind 1,72 M., für eine Frau 2,76 M., für einen Mann 3,63 M. Tatsächlich war aber das Existenzminimum vor sieben Jahren noch billiger, weil insbesondere Brot damals in unbegrenzten Mengen zur Verfügung stand. Im Einklang mit der Berichterstattung für die Vormonate werden hier trotzdem für die Vorkriegszeit angeführt: Kind 1,75 M., Frau 2,80 M., Mann 3,50 M.)

	Preis Dezember 1920 Pf.	Preis Dezember 1918 Pf.
Rationierte Nahrungsmittel . . . . .	1478	118
8000 Gramm Kartoffeln . . . . .	880	15
875 „ Eierfloden . . . . .	285	19
125 „ Margarine . . . . .	360	20
Zusammen für ein 6-10jähr. Kind	2448	172
1500 Gramm Kartoffeln . . . . .	165	8
875 „ Eierfloden . . . . .	285	19
8500 „ Gemüse . . . . .	420	85
500 „ Spettebohnen . . . . .	325	22
125 „ Margarine . . . . .	360	20
Zusammen für eine Frau	4005	276
2000 Gramm Gemüse . . . . .	240	20
250 „ Erbsen . . . . .	190	10
125 „ Margarine . . . . .	360	20
500 „ Reis . . . . .	650	22
250 „ Marmelade . . . . .	250	15
Zusammen für einen Mann	5693	363

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stube und Küche, für Heizung 1 Zentner Britetts und für Beleuchtung 6 Kubikmeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 9 M. (1913/14: 5,50 M.), für Heizung 15,20 M. (1,15 M.), für Beleuchtung 7,50 M. (0,75 M.).



**Für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche sind mindestens anzusehen: Mann 30 M. (2,50 M.), Frau 20 M. (1,65 M.), Kind 10 Mark (0,85 M.).**

Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäsche-reinigung, Fahrgeld, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von  $\frac{1}{3}$  (1913/14:  $\frac{1}{4}$ ) machen müssen.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für Groß-Berlin:

	Mann	Ehepaar	Ehepaar mit 2 Kindern
	M.	M.	M.
Ernährung . . . . .	57	97	146
Wohnung . . . . .	9	9	9
Heizung, Beleuchtung . . . . .	23	23	23
Bekleidung . . . . .	80	50	70
Sonstiges . . . . .	39	59	82
Dezember 1920 . . . . .	158	238	330
November . . . . .	153	228	318
Oktober . . . . .	156	232	318
September . . . . .	145	216	299
August . . . . .	144	216	308
Juli . . . . .	154	230	324
Juni . . . . .	147	217	304
Mai . . . . .	177	267	365
April . . . . .	186	279	375
März . . . . .	165	241	323
Februar . . . . .	129	190	254
Januar . . . . .	114	167	220
August 1913/Juni 1914 . . . . .	16,75	22,30	28,80

Auf den Arbeitstag umgerechnet, beträgt der notwendige Mehrverdienst im Dezember 1920 für einen alleinstehenden Mann 26 M., für ein kinderloses Ehepaar 40 M., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von sechs bis zehn Jahren 55 M. Auf das Jahr umgerechnet, beträgt das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann 8250 M., für das kinderlose Ehepaar 12 400 M., für das Ehepaar mit zwei Kindern 17 200 M.

Vom letzten Vorkriegsjahre bis zum Dezember 1920 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,75 M. auf 158 M., d. h. auf das 9,4fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 M. auf 238 M., d. h. auf das 10,7fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,80 M. auf 330 M., d. h. auf das 11,5fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark jetzt etwa 9 bis 10 Pf. wert.

## Wirtschaftspolitische Rundschau.

Der wirtschaftspolitische Abschluß 1920. — Reiche Profite. — Was hat das Kabinett Fehrenbach erreicht? — Die Erfolge des sozialistischen Kabinetts. — Die Aussichten im neuen Jahr.

Das alte Jahr hat wirtschaftspolitisch keinen befriedigenden Abschluß gebracht. Unzweifelhaft war in bürgerlichen Kreisen viel Hoffnung an die Aenderung des Kabinetts geknüpft. Der Austritt der Sozialdemokratie aus der Regierung nach den Wahlen zum Reichstag schuf ein sozialistenreines Kabinett, das, getragen von „Fachmännern“, alle Hindernisse hinwegräumen sollte, die den wirtschaftlichen Aufstieg hemmten. Die Jahresbilanz ergibt nun: Das Tempo in der Vermehrung der Schuldenlast ist etwas lebhafter geworden, die Preisentwicklung für alle Verbrauchsartikel hat einen kräftigen Auftrieb erhalten, der Druck des Versailler Vertrages ist nicht gemildert, und wir haben nun einen wirtschaftlichen Abschluß, der noch erheblich trüber aussieht als der, den Ende Juni das von der Nationalversammlung gestellte Kabinett hinterließ.

Allerdings die Industrie, die Landwirtschaft und der Handel, die heute großen Spektakel machen über die unbefriedigende Beschäftigungslage, haben am wenigsten Anlaß zur Klage. So reichlich sind zu keiner Zeit die Gewinne geflossen, wie im vorigen Jahre. Selbst da, wo die Betriebsanlagen der Industrie nicht voll ausgenutzt werden konnten, erreichte der Profit noch eine ansehnliche Höhe. Wer zu klagen hat, das sind die Arbeiter, Angestellten, die Beamten; sie alle leiden unter der Teuerung, denn ihr Einkommen ist nicht entfernt mit der Preissteigerung auf dem Warenmarkt in Einklang gebracht. Diese Differenz, die sich unter der Herrschaft des neuen Kabinetts immer mehr erweiterte, löst jene politisch radikale Stimmung aus, die jede ersprießliche Arbeit erdrückt oder auch umgekehrt, es wendet sich die Schar der politisch Denkschwachen wieder zu den alten Göttern zurück. Der deutsch-nationale Nummel zieht sie wieder in seinen Bannkreis; sie saßeln etwas von Autorität, von fester Zucht und Sittlichkeit, mit der es so schön bestellt gewesen zu wilhelminischen Zeiten und die der Republik fehle. Es sind die Sklaven, die die Prügel als eine Wohltat empfinden, weil sie mit der Freiheit nichts anfangen können.

So treiben wir zwischen den beiden Extremen; die Herrschaft der einen wie der anderen könnte uns nur weiter abwärts zerren. Das Wirtschaftsgetriebe aber geht seine eigenen Wege. Das kapitalistische System zeigt heute seine schlimmsten Auswüchse, es ist zu keiner Zeit in so starkem Gegensatz zu dem Empfinden der Volksmasse gekommen, wie gegenwärtig. Während Not und Elend nach unten sich ausbreitet, überragt oben Luxus und Verschwendung in der widerlichsten Form. Die großen Gewinne der Industrieunternehmen fordern immer wieder zum Vergleich heraus, wie wenig dieser Reichtum zu unserer Gesamtlage paßt. Das ist auch die Ursache, weshalb man sich im Ausland vielfach ein ganz anderes Bild von unserer Wirtschaftslage macht, als unsere Vertreter jetzt wieder auf der Brüsseler Konferenz zum Vortrag brachten. Arbeiterkinder laufen ohne Semden herum, während es Textilunternehmen gibt, die 20 bis 40 Prozent Dividende verteilen. Dieser Kontrast leuchtet blühartig in die Ausartung des kapitalistischen Zustandes hinein, zu dessen Aenderung der Sozialismus vorwärts kommen muß.

Das Kabinett Fehrenbach ist ein Halbjahr im Amt. Von einer Besserung auf wirtschaftlichem Gebiet ist nichts zu spüren, es sei denn, daß man die größere Freiheit in der kapitalistischen Bereicherung als einen Fortschritt betrachtet. Will man den Stand der wirtschaftlichen Entwicklung nach der Zahl der Arbeitslosen einschätzen, ein Gradmesser, der eine gewisse Zuverlässigkeit bietet, so darf das vorausgegangene Kabinett mit seinen sozialistischen Mitgliedern auf eine sehr günstige Entwicklung zurückblicken. Als im Februar 1919 dieses Kabinett gebildet wurde, hatten wir den größten Stand der Arbeitslosigkeit mit 1 076 368 unterstützten Erwerbslosen im Reich. Diese Zahl ist in den folgenden Monaten ständig heruntergegangen bis auf 271 660 im Juni 1920. Da erfolgte der Rücktritt des Kabinetts. Von da ab ging die Arbeitslosenziffer wieder auf 414 646 im September hinauf.

Auch der ungünstige Stand der Valuta — um nur ein Beispiel anzuführen — hob sich unter dem früheren Kabinett. Der Dollarkurs ging von 103 auf 36 herab, während wir im verfloffenen November schon wieder einen Kurs von 87 verzeichneten. Was das für unsere stark aufwärtsgehende Einfuhr bedeutet, ist genügend bekannt.

Das sozialistische Kabinett hatte der wirtschaftlichen Entwicklung die beste Förderung gegeben. Es hatte den heillosen Zustand beseitigt, der durch die freie Einfuhr im Westen entstand. Die Entente hatte dem Drängen auf Einführung einer Warenkontrolle wie auch später auf Erhebung der Goldzölle stattgegeben. Nun konnte man die Kontrolle der Warenein- und -ausfuhr durch die Außenhandelsstellen zur Durchführung bringen. Das gegenwärtige Kabinett hat auf dem Gebiet nur das Spaabkommen zu verzeichnen, von dem es wohl nicht behaupten kann, daß es der deutschen Volkswirtschaft Vorteile gebracht hat.

Allerdings hat man die Ausfuhrabgabe auf Drängen kapitalistisch einflußreicher Kreise so gut wie aufgehoben; aber beruhen nicht zuletzt die großen Gewinne einiger Unternehmen gerade auf dieser Ermäßigung der Abgabe? Finanziell und volkswirtschaftlich ist nur eine Politik zugunsten der Kapitalisten getrieben worden. Ob es diesen Kreisen nicht noch gelingt, die Außenhandelsstellen ganz zu beseitigen, wollen wir abwarten; nach aller bisherigen Erfahrung ist es nicht unwahrscheinlich. Wir gehen dann mit Schnelligkeit noch einer weiteren Entwertung unserer Valuta entgegen.

Auf dem Lebensmittelmarkt ein schnelles Aufwärts der Preise, ohne Aussicht auf Abbau, der um so dringender notwendig wird, wenn wir in scharfer Konkurrenz auf dem Auslandsmarkt kommen. Wie wäre eine Verringerung unserer Produktionskosten in der Industrie, die Senkung der Preise für Industrieerzeugnisse möglich, wenn nicht mit dem Abbau der Lebensmittelpreise begonnen wird? Erfährt uns die große Weltkrise, ohne daß wir nach jener Richtung ausbiegen können, dann trifft sie uns so hart und schleudert uns soweit zurück, daß alle bisher aufgewendeten Mühen vergebens waren.

Unter diesen Umständen sind die Aussichten für das kommende Jahr nicht die besten. Unsere natürliche Anlehnung nach dem Osten verspricht leider keinen Erfolg, denn Rußland und Polen sind wirtschaftlich viel tiefer gesunken als Deutschland. Aus Rußland haben wir früher einen großen Teil der uns fehlenden Lebensmittel bezogen, aber heute wehrt es sich verzweifelt gegen eine Hungersnot. Seine Landwirtschaft wird auf Jahre hinaus keine Ueberschüsse abgeben können. Hier aber wäre der Markt, wo wir zu mäßigen Preisen bei dem Stand der russischen Valuta einkaufen könnten; hier wäre der Markt für unsere überflüssigen Industrieprodukte. Aber die Annahme, daß dieser Markt zu einer leidlichen Befundung läme, ist trügerisch, und die letzte Hoffnung schwindet, solange der russische Militarismus ein



immer neues Betätigungsfeld sucht. Und ob der Militarismus bolschewistisch, republikanisch oder zaristisch gerichtet ist, er bleibt der Vernichter der Kultur, in welcher Uniform er auch erscheint, und er treibt sein müßiges Gewerbe zum Schaden der europäischen Völker, die zur friedlichen Arbeit zurückkehren müssen.

## Die Gewerkschaftsverbände in der Schweiz im Jahre 1919.

Der Bericht über den Stand der schweizerischen Gewerkschaften im vergangenen Jahre, den der Vorstand des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes veröffentlicht, umfaßt ein stattliches Fest von 35 Seiten. Nach diesem Bericht ist die Mitgliederzahl der Verbände von 177 143 im Jahre 1918 auf 223 588 angewachsen. Unter diesen befinden sich 43 906 weibliche Mitglieder. Mit Ausnahme der Verbände der Gutarbeiter und der Zimmerleute haben die Gewerkschaften allgemein zugenommen. Am stärksten war die Zunahme bei den Eisenbahnern, was der Verschmelzung mit dem Verbande schweizerischer Eisenbahnangestellter zuzuschreiben ist. Der Gesamtdurchschnitt der Mitgliedervermehrung beträgt 26 v. H. Die Zahl der angeschlossenen Verbände beträgt 20. Die Gesamtzahl der örtlichen Sektionen (Zahlstellen) beträgt 1136 gegen 1137 im Vorjahre. Die Zahl der Orte, in denen sich Sektionen befinden, beträgt 390 gegen 324 im Vorjahre. Die Zahl der Angestellten betrug 65 in den Zentralbüros und 114 in den Lokalbüros. Die Einnahmen der Gewerkschaften haben eine starke Steigerung erfahren. Die Beiträge an die allgemeine Kasse stiegen von 2 704 292 Franken auf 4 046 534 Franken, die Krankenkassenbeiträge von 1 398 013 Fr. auf 1 965 137 Fr., die Arbeitslosenbeiträge von 357 375 Fr. auf 511 618 Fr., die Extrabeiträge von 28 685 Fr. auf 217 651 Fr. An Subventionen für die Arbeitslosenkasse wurden 240 442 Fr. (1918: 169 918 Fr.), für die Krankenkasse 346 998 Fr. (1918: 156 890 Fr.) eingenommen. Das Gesamtvermögen betrug 6 741 974 Fr.

Bei den Ausgaben zeigt sich die Krise durch die steigende Inanspruchnahme der Arbeitslosenkasse. Die Ausgaben für Arbeitslose betrugen 750 411 Fr., dreimal so viel wie im Jahre 1918. Die Krankenkassen hatten im Jahre 1918 infolge der Grippe bedeutende Ausgaben. Sie gingen in diesem Jahre um ungefähr 700 000 Fr. zurück, ebenfalls die Ausgaben der Sterbekassen, die anstatt 248 360 Fr. im Jahre 1918 nur 187 880 Fr. auszahlten hatten. Für Invalidenunterstützung wurden 136 355 Fr. ausgegeben (1918: 130 721 Fr.). Für Lohnbewegungen und Streiks wurden 1 141 783 Fr. ausgegeben, über 200 000 Fr. mehr als im Vorjahre. Die Folgen des Generalstreiks machten sich bei der Steigerung der Ausgaben für Maßregelungsunterstützung und Rechtsschutz bemerkbar. Für Gemäßregelte wurden im ganzen ausgegeben 147 528 Fr., für Rechtsschutz 545 194 Fr. Die Kosten der Verbandsorgane, 625 828 Franken, haben sich gegen das Vorjahr nahezu verdoppelt. Für Agitation, Organisation, Verwaltungszwecke wurden ausgegeben 256 053 Fr., für persönliche Verwaltungskosten 744 108 Fr., für sächliche 569 491 Franken. Die Gesamtausgabe betrug 6 422 118 Fr.

Es fanden 1956 Bewegungen statt (1918: 1800) mit 440 460 (325 240) Beteiligten, davon 314 283 (228 905) Organisierte. In diese Zahlen sind die Generalstreiks in Basel und Zürich nicht eingeschlossen. Von den Bewegungen endigten 939 mit vollem Erfolg, 868 mit Teilerfolg und 120 ohne Erfolg. 29 Bewegungen waren am Ende des Berichtsjahres noch nicht abgeschlossen. 233 Bewegungen in 98 Orten mit 962 Betrieben und 21 294 Beteiligten führten zum Streik, 4 mit 12 Betrieben und 843 Beteiligten zur Aussperrung. Der Lohnausfall für 337 801 Unterstützungstage betrug rund 2 081 300 Fr. An Streikunterstützungen wurden aus den Zentralkassen 1 000 404 Fr. und aus den Lokalstellen 289 406 Franken ausgezahlt. Die durchschnittliche Streikdauer betrug 20 Tage. Sie war am längsten bei den Bekleidungsarbeitern mit 32 Tagen, am kürzesten bei den Typographen mit 7 Tagen. Keine Streiks hatten die Buchbinder, Gutarbeiter, Lithographen, Heimarbeiter und Rahntechniker. Die Eisenbahner hatten Streiks, sie wurden aber nicht registriert. Am hartnäckigsten waren die Streiks in der Bekleidungs- und der Metallindustrie. Von den Ausgaben beanspruchten 20 Orte 88 v. H. Der Rest verteilt sich auf 77 Streikorte. Im Vordergrund der Bewegung steht die Arbeitszeitverkürzung. 199 179 Arbeiter erreichten eine solche von 6,8 Stunden in der Woche. Bei dieser Gelegenheit ist auch eine mindestens ebenso große Anzahl von Arbeitern zum Genüß der 48-Stunden-Woche gekommen, ohne selbst etwas dafür getan zu haben. Die Gesamtsumme der Lohnerhöhungen in der Woche betrug 1 893 726 Fr. (1918: 2 562 064 Fr.). Diese Lohnerhöhung hatte jedoch wieder eine weitere Steigerung der Preise zur Folge. In 172 Fällen wurden für 3689 Betriebe mit 37 451 Arbeitern Ferien erzielt. In

184 Fällen mit 5531 Betrieben und 52 072 Arbeitern führte die Bewegung zum Abschluß eines Tarifvertrages. Die Zahl der abgeschlossenen Tarife ist nicht so hoch wie im Vorjahre, dagegen umfassen sie in diesem Jahre mehr Betriebe und Arbeiter. An Stelle der örtlichen Verträge treten immer mehr Landestarifverträge; auch beginnt der Vertrag in der Großindustrie sich einzubürgern.

Der Berichterstatter stellt am Schlusse seines Berichtes mit Genugtuung fest, daß die schweizerischen Gewerkschaften im vorigen Jahre durchaus auf der Höhe ihrer Aufgaben gestanden und ein gewaltiges Stück Arbeit für das Wohl des werktätigen Volkes geleistet haben. Der Berichterstatter ruft dann noch die Arbeiterschaft auf, ihre Kräfte nicht im Bruderkrieg zu erschöpfen, wenn sie nicht bereits erkämpfte Vorteile wieder verlieren will.

## Aus unserem Verufe.

**Groß-Berlin.** Im Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin ist infolge der Kohlenknappheit und der damit verbundenen verminderten Erzeugung von elektrischer Energie für industrielle Zwecke angeordnet worden, daß ein Teil des Stromverbrauches in die Nachtzeit verlegt werden muß. Demzufolge müssen eine große Anzahl von Betrieben einen Teil ihrer Belegschaften während der Nachtzeit beschäftigen, ohne daß dadurch die wöchentliche Arbeitszeit von 48 Stunden von dem einzelnen überschritten wird. Die Arbeiter, denen durch die Arbeit zur Nachtzeit unzweifelhaft eine Verteuerung des Lebensunterhaltes erwächst, glauben dafür Anspruch auf eine besondere Vergütung zu haben. Die Berliner Gewerkschaftskommission ist mit ihren dahingehenden Bemühungen jedoch vollkommen ohne Erfolg geblieben. Die Arbeiter müssen die Arbeiten zur Nachtzeit für denselben Lohn verrichten wie am Tage. Darunter fällt natürlich auch derjenige Teil der Berliner Arbeiterschaft, der mit seinem außergewöhnlichen Radikalismus über die Grenzen Berlins hinaus bekannt geworden ist. Unsere Kollegen, die zu letzterer Kategorie nicht gehören, haben für sich allein erreicht, daß ihnen für die Arbeiten zur Nachtzeit, d. i. in der Zeit von 6 Uhr abends bis 6 Uhr morgens ein Aufschlag von 15 Proz. gewährt wird als Ausgleich für die aus der Nachtarbeit resultierende Verteuerung der Lebenshaltung.

**Aus der rheinischen feinkeramischen Industrie.** Von befreundeter Seite wird uns die „Saarbrücker Zeitung“ vom 1. Januar d. J. zugestellt, die eine Notiz über die Verhältnisse in der Keramikindustrie enthält. Der genannten Zeitung wurde geschrieben:

In den letzten Tagen machte durch die Presse eine Notiz die Kunde, wonach die Lohnverhandlungen bei der Firma Villeroy & Boch abgeschlossen seien. Demgegenüber stellen die Vertreter der Organisationen hiermit fest, daß von einem Abschluß der Verhandlungen noch keine Rede sein kann. Im Gegenteil, das in der betr. Zeitungsnotiz angebotene Angebot der Firma wurde von sämtlichen Organisationsvertretern abgelehnt, weil nach ihrer einstimmigen Ansicht die Lohnverhältnisse der verarbeitenden Eisenindustrie unmöglich ohne weiteres einfach auf die Keramikindustrie übertragen werden können. Während in der übrigen weiterverarbeitenden Industrie auch den Angelehrten und sogar einem großen Prozentsatz der Hilfsarbeiter die Möglichkeit gegeben ist, durch Akkordarbeit ihr Einkommen wesentlich zu erhöhen, ist dies in der Keramikindustrie nur in sehr beschränktem Maße, ja überhaupt nicht möglich. Die Organisationsvertreter können der Spannung, wie sie in der Fertigeisenindustrie zwischen gelernten und angelernten einerseits und angelernten und ungelerten Arbeitern andererseits besteht, nicht zustimmen. Weiter müssen sie darauf bestehen, daß den Akkordarbeitern in den einzelnen Fabriken auch wirklich die Gelegenheit gegeben wird, über die Akkordrichtlöhne hinauszukommen. Einer großen Anzahl Arbeitern ist dies bis heute nicht möglich, weil die Akkordsätze vielfach nicht vertragsgemäß nach der Durchschnittsleistung eines Vollarbeiters, sondern nach den Höchstleistungen einzelner festgesetzt sind. Nun hat aber die Firma nicht etwa, wie die Veröffentlichung den Anschein erweckt, die Sätze der weiterverarbeitenden Eisenindustrie übernommen, sondern sie hat eine Akkordbasis, statt wie in jener mit 7 M., nur von 3,50 M. angeboten, wozu da... ein fester Aufschlag von 100 Proz. kommen soll. Der Akkordüberverdienst baut sich also nicht etwa auf 7 M., sondern auf 3,50 M. auf. Da dieser wegen der schlechten Stückakkorde an sich schon einen großen Teil der Arbeiter nicht über den Richtlohn von 7 M. kommen ließe, so würde diese verkaufte Regelung die Arbeiterschaft der Keramikindustrie gegenüber bei der weiterverarbeitenden Eisenindustrie erst recht ins Hintertreffen bringen. Des weiteren können auch die Handwerker zu den angebotenen Sätzen ihr Einverständnis nicht erklären, da ihnen größtenteils die Möglichkeit eines Ueberverdienstes fehlt und sie



mit den angebotenen Sätzen unter keinen Umständen auch nur annähernd befriedigt werden können. Auch die Lohnsätze der Arbeiterinnen bedürfen einer anderen Beurteilung, da die Keramikindustrie langjährige ständige Arbeiterinnen hat, was für die Eisenindustrie nicht zutrifft."

Anscheinend handelt es sich um die im besetzten Gebiete liegenden Betriebe der Firma Willeroh & Koch in Mettlach und Wallersfangen. In diesen Betrieben scheinen alle möglichen Arbeiterorganisationen vertreten zu sein, nur nicht die zuständige, der Verband der Porzellanarbeiter. Außer dem Deutschen Metallarbeiterverband, dem Fabrikarbeiterverband kommen dort noch in Frage der Christliche Keramikarbeiterverband, der Christliche Metallarbeiterverband und der Verband der katholischen Fabrikarbeiterinnen. Und da wundern sich die guten Deutschen schließlich noch, daß sie die ungünstigsten Lohn- und Arbeitsbedingungen haben im Vergleich gegen andere Berufe, und im besonderen bedeutend ungünstiger als die Arbeiter in der feineramischen Industrie im übrigen Deutschland. Leider verhindern die Maßnahmen der Besatzungsbehörden eine ungestörte Agitation für unseren Verband, so daß es nicht möglich ist, die erforderliche Aufklärung über unsere beruflichen Verhältnisse unter der dortigen Kollegenschaft verbreiten zu können.

### Gewerkschaftliches.

**Gewerkschaftliche Betriebsrätezentrale des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (A. D. G.-B.) und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes (Afa-Bund).**

Die Abteilung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Berlin SO. 16, Engelufer 14/15) und die Abteilung des Allgemeinen freien Angestelltenbundes (Berlin NW. 52, Werftstraße 7) sind seit dem 1. Januar 1921 vereinigt und befinden sich nunmehr nur noch Berlin SO. 16, Engelufer 14/15, IV.

Alle Zuschriften in Betriebsräteangelegenheiten sind von nun an zu richten an die Gewerkschaftliche Betriebsrätezentrale des A. D. G.-B. und des Afa-Bundes, Berlin SO. 16, Engelufer 14/15, IV.

### Versammlungsberichte.

**Althalbeuseben.** In einer gutbesuchten Gewerkschaftsversammlung referierte Kollege Karl-Berlin, der an Stelle des Kollegen Schneider erschienen war, über unseren Tarifantrag. Zuerst wies er die Notwendigkeit und den Wert des Vertrages nach. Alsdann ging er auf die Erklärung der einzelnen Paragraphen selbst ein. Schon in seinen ersten Worten konnte man hören, daß die Lohnfrage die wichtigste Frage des ganzen Vertrages sei. Über die anderen Paragraphen erklärte er für jedermann klar und verständlich. Reicher Beifall lohnte dem Kollegen für seine Ausführungen. In der darauffolgenden Diskussion mußte er sich verschiedene Angriffe, die durch das letzte Lohnabkommen erzeugt sind, gefallen lassen. Er erkannte auch eine bessere Ausgleichung in dieser Frage vollkommen an und legte die Gründe klar, wie diese gewaltigen Unterschiede entstanden sind.

**Großbreitenbach.** Ortsgruppenversammlung der Zahlstelle Flörsdorf in Großbreitenbach am 5. Januar. Die Versammlung war sehr gut besucht; trotzdem wurde aber noch mancher Kollege vermisst. Hauptächlich von den Betriebsräten wäre zu wünschen, daß sie alle Versammlungen pünktlich besuchten. Manche Betriebsräte scheinen ihrer Pflichten noch gar nicht voll Kenntnis zu sein, was aus zahlreichen Klagen ihrer Betriebskollegen hervorging. Zu Punkt 1, Bericht über das Lohnabkommen, erläuterte Kollege Brehme daselbst die einzelnen Punkte ein, damit die Kollegen orientiert sind. In der Diskussion führt Kollege Albin Bauer aus, daß die jugendlichen und Unverheirateten wieder leer ausgegangen sind, da die Genannten ebenso unter den heutigen Preisverhältnissen leiden haben, so ist es ungerecht, diesen gar nichts am Lohn aufzubessern. Sie produzieren gegen die Kollegen, die ein solches Lohnabkommen gutgeheißen und unterzeichnet haben. Auch Kollege Albin Hartwich erhebt gegen den Hauptvorstand schwere Vorwürfe, weil er das Lohnabkommen unterzeichnet hat. Kollege Brehme entgegnete hierauf, daß die Schuld daran eher die Vertreter der Zahlstellen treffe, die mit am Lohnabkommen gearbeitet und über die Annahme abgestimmt haben. Der Hauptvorstand sei lediglich ausführende Instanz.

Unter Punkt 2 werden die Wahlen erledigt. Bei Punkt 3, Betriebsangelegenheiten, berichtet Kollege Höhn von einer Verhandlung bei der Firma Julius Eginhardt Garsch und schildert die jetzigen Zustände als sehr reformbedürftig und nicht der heutigen Zeit entsprechend. Auch ein Kollege aus diesem Betrieb bestätigt dies und meint, daß schärfere Maßnahmen ergriffen werden müssen. Bei der Firma Eger sind noch Differenzen vorhanden und sollen diese eventuell durch Gauleiter Hoffmann aus der Weier geschlichtet werden. Dasselbe gilt auch für die Firma Ad. Garsch Nachf. Im Verlauf der weiteren Diskussion wird besonders darauf hingewiesen, daß die Betriebsräte, und zwar nur diese, nicht aber die einzelnen Arbeiter, mit dem Chef zwecks des Lohntarifs zu verhandeln haben. Darauf folgte Schluß der Versammlung.

**Dresden und Umgegend.** Die Mitgliedschaft Dresden unserer Zahlstelle beschäftigte sich in zwei Versammlungen, am 29. und 30. Dezember, mit dem Ergebnis der letzten zentralen Lohnverhandlungen. Die Delegierten der Steingutfabrik von Willeroh & Koch nahmen an sich in einer Stärke von circa 1000 Besuchern im Saale des

„Deutschen Kaiser“. Kollege Griesbach berichtete. In eingehender Weise schilderte er den Verlauf der Verhandlungen, um dann das vorliegende Ergebnis derselben zu erläutern und kritisch zu würdigen.

In der Debatte wendete sich Kollege Uhlmann vor allem gegen die Wirtschaftsbewilligung. Er betrachtet die Forderung nach einer solchen als nichtgewerkschaftlich, da sie nur allzusehr geeignet ist, unsere Kollegen über ihre wirkliche Lage zu täuschen. An der Hand seiner Erfahrungen zeigt er, wie minimal auch in sächsischen Orten unsere Kollegen noch entlohnt werden. Auch hier kommen noch Löhne von 20 Mk. pro Woche an jugendliche, nicht unter unseren Tarif fallende Arbeiterinnen zur Auszahlung. Möchten doch alle die Kollegen, die durch das Verlangen nach solchen Beihilfen glauben, radikale Forderungen aufzustellen, endlich versuchen, alle Möglichkeiten zu erschöpfen, um im Rahmen unseres Tarifes ihre Verdienste zu heben. Sie würden damit den Interessen aller Kollegen und damit denen der Industrie bedeutend besser dienen.

Die neu geschaffenen Familienzuschläge bilden für die deutsche Industriearbeiterschaft noch Neuland; einer Behandlung dieser Materie hätten wir uns jedenfalls nicht dauernd entziehen können. Zurzeit fehlen jedoch in unserer Industrie für die Arbeiter der meisten Orte noch die Vorbedingungen, durch die eine soziale Auswirkung solcher Zuschläge erst ermöglicht werden kann.

Kollege Lorenz wendete sich prinzipiell gegen die Uebertragung dieser Art Bezahlung auf die Industrie.

In der am nächsten Tage stattgefundenen allgemeinen Malerversammlung machte Kollege Uhlmann die Kollegen mit dem Ergebnis der diesmaligen Verhandlungen vertraut. Auch hier herrschte die einmütig ablehnende Stellungnahme zu der Wirtschaftsbewilligung wie am Tage zuvor bei den Kollegen aus der Steingutindustrie. Aber auch den Familienzuschlägen können unsere Malerkollegen kein Interesse abgewinnen. Hier sprach man diesen Zuschlägen schon deshalb jeden sozialen Einschlag ab, weil man ja vergessen hatte, diese Zuschläge auch dem ledigen Kollegen zu geben, der für alte, arbeitsunfähige Eltern zu sorgen hat. Etwas drastisch wurde darauf hingewiesen, daß diese alten Leute ja ihre Pflicht erfüllt hätten und nunmehr als erledigt angesehen werden können.

Kollege Uhlmann berichtete noch über die Schritte, die er zur Behebung der Arbeitslosigkeit unternommen hatte. Sie wurden gebilligt und Kollege Uhlmann beauftragt, die Sache weiter zu verfolgen. Als Niederschlag beider Versammlungen wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Mitgliedschaft Dresden der Zahlstelle Dresden und Umgegend nimmt Kenntnis von unseren letzten Lohnverhandlungen und deren Ergebnis. Sie steht aber auf dem Standpunkt, daß unseren wirtschaftlich schwer leidenden Kollegen durch die bewilligte Beschäftigungsbewilligung nicht geholfen werden kann.“

Die Dresdener Kollegenschaft steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß für unsere Entlohnung nur eine ehrliche Bewertung der Arbeitskraft unter Berücksichtigung der örtlichen wirtschaftlichen Verhältnisse als Grundlage benützt werden darf.

Desgleichen können sich die Dresdener Kollegen auch für die Familienzuschläge nicht erwärmen, vor allem deshalb nicht, weil in weiten Kreisen unserer Industrie die Verdienste unserer Kollegen sich weit unter dem wirtschaftlich Notwendigen bewegen. Nur dort, wo auch unsere ledigen Kollegen und Kolleginnen eine ehrliche Bewertung ihrer Arbeitskraft erfahren, können wir diesen Familienzuschlägen als sozialen Ausgleich zustimmen.

Die Dresdener Kollegen fordern deshalb die Kollegen im Reich auf, überall, wo die Notwendigkeit dafür vorhanden ist, im Rahmen des Tarifes ihre Verdienste zu heben.

Unser Tarif sieht nur Minimallohne vor, denen wir nur Minimalleistungen gegenüberstellen brauchen. Daraus folgt, daß wir, ohne tarifbrüchig zu werden, Forderungen stellen können. Es geht nicht an, daß unsere Kollegen sich nur auf die zentralen Verhandlungen verlassen; dort kann den örtlichen wirtschaftlichen und beruflichen Verhältnissen nicht restlos Rechnung getragen werden.“

Die Dresdener Kollegenschaft kann sich aber auch der Einsicht nicht verschließen, daß alle Lohnerhöhungen der letzten beiden Jahre keine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage gebracht haben. Auf der anderen Seite mußten wir beobachten, daß nach jeder Lohnerhöhung der Lohnanteil einen immer kleineren Prozentsatz des Gesamtpreises unserer fertigen Erzeugnisse darstellte. Dies sind Symptome, die auch uns veranlassen, unseren Hauptvorstand zu ersuchen, beim Bundesvorstand dahin zu wirken, daß dieser, gestützt auf die Gesamtgewerkschaften, Schritte unternimmt, durch die ein allgemeiner Preisabbau in Wälbe erwartet werden darf. Uhlmann.

**Fürstberg a. d. Weser.** In der Generalversammlung unserer Zahlstelle, ergab die Neuwahl der Verwaltung in der Hauptache nur eine Veränderung im Kassiererposten. Der bisherige Kassierer lehnte infolge vorgerückten Alters ab. Der Vorsitzende dankte dem bisherigen Kassierer Herrn Schäfer im Namen der Zahlstelle für seine treuen Dienste und rühmige Betätigung im Interesse unseres Verbandes und erbot von ihm, auch fortan mit Rat zu helfen, wo es nötig sei.

Zweiter Punkt der Tagesordnung war Aufstellung einer Vorschlagsliste für Betriebsratsneuwahlen. Die Zahlstellenverwaltung glaubte, es sei praktischer, wenn ihre Wahlen und die des Betriebsrates zusammenfallen würden. Aus diesem Grunde hatten sämtliche Betriebsratsmitglieder (auch Angestellte) ihre diesbezüglichen Mandate zurückgegeben. Unsere Vorschlagsliste ergab einstimmigen Ausdruck für die Wiederwahl aller bisherigen. (Soweit uns bekannt wurde, ist dies auch bei den Angestellten der Fall.) Die bisherigen und wieder neuangestellten Kollegen für den Betriebsrat gaben der Versammlung als Dank für erneutes Vertrauen die feste Versicherung, auch ferner dahinzuwirken, daß das Betriebsrätegesetz bergende Arbeiterrecht in vollem Umfange für unsere Interessen zur wohlthätigen Geltung komme.

Die allgemeine Aussprache ergab zunächst die einstimmige Anerkennung, daß die Löhne der Sparte „Sonstige Arbeiter“ im neuen Tarif einer besonderen Berücksichtigung bedürften. Auf den ersten Blick sei es klar, daß bei derart niedrigen Stundenlöhnen ein Mensch



zugrunde gehen müsse. Vor allen Dingen müsse mit der jetzigen un sinnigen Klasseneinteilung aufgeräumt werden. Es können nur zwei Klassen bestehen bleiben.

Das man den ländlichen Ortschaften billigere Lebensmittel und Lebenshaltung nachrühmt, sei nur in ganz geringen Fällen zutreffend; die wichtigsten Lebenshaltungspunkte als: Nahrung, Kleidung, Heizung, Steuer usw., bleibe bei uns Landbewohnern um nichts denen der Großstädte gegenüber zurück. Es wurde noch gerügt, daß unser Krankentassenvorstand scheinbar nicht das genügende Arbeitsinteresse habe; die betreffenden Kollegen gaben hierauf Zusicherung auf Besserung.

**Grünstadt.** Die am 2. Januar d. J. tagende Generalversammlung war gut besucht; doch mußte man die Wahrnehmung machen, daß die Kollegen von Neuleinungen und Umgegend zahlreicher waren als von Grünstadt selbst. Immer wieder sind es jüngere Kollegen, die es nicht für notwendig halten, zur Versammlung zu erscheinen. Nach dem Bericht des Kassierers hat die Zahlstelle 257 Mitglieder, darunter 25 weibliche. Alsdann legte der Kassierer den Rechnungsbericht vor. Aus diesem war zu ersehen, daß im 4. Quartal 1920 6619 Mk. an die Hauptverwaltung abgeliefert wurden. Die Lokalkasse weist einen Barbetrag von 1608 Mk. auf, von dem ein großer Teil bei der Bank angelegt ist. Die Revisoren fanden Kasse und Bücher in Ordnung; die Versammlung erteilte darauf dem Kassierer Entlastung. Die Verwaltungswahl ergab die Wiederwahl der engeren Verwaltung. Bei den Besitzern, Revisoren, Schriftführer und Kartelldelegierten kamen einige Neubefugungen in Frage. Darauf wurde der neue Reichstaxtarif verlesen. Im Punkt „Verschiedenes“ stimmte die Versammlung dahin, daß die Zahlstelle Grünstadt in Zukunft den Namen Grünstadt-Neuleinungen tragen soll. Bei der Aussprache über diesen Punkt zeigte es sich, daß einige Kollegen aus Neuleinungen eine selbständige Zahlstelle für Neuleinungen ins Auge fassen. Hoffentlich wird dieses Vorhaben an dem verständigen Willen der anderen Kollegen scheitern. Die Versammlung beschloß weiter, jeden Aufruf in der „Ameise“ mit 15 Mk. aus der Lokalkasse zu unterstützen. Mit Worten der Ermahnung zur Einigkeit und friedlichen Zusammenarbeitens schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**München.** Der Vorsitzende, Kollege Theo Weiß, begrüßt die Versammlung und gibt einen ausführlichen Bericht vom Jahre 1920. Es war mehr denn jemals ein Ringen um unser freudloses Sein; er streift dabei alle geführten Kämpfe und die Erfolge der Unternehmer. Zu unserem Reichstaxtarif wird der schwere Standpunkt der Hauptverwaltung nicht verkannt; es wiegt das Errungene nicht auf; darum müssen wir so langfristige Tarifabschlüsse in Zukunft beurteilen. Auch in Münchener Betrieben sind die Errungenschaften der Tarife der Zeit nicht genügend; selbst von den viel erhofften Schiedsprüchen wird mancher enttäuscht sein. Betont sei, daß unser Gewerkschaftsleben durch die kleinen Erfolge in Mitteleuropa gezogen ist. Kollege Weiß verurteilt die Teilkaktionen; darum ist es unsere Hauptaufgabe, die Gewerkschaftsbewegung gut auszubauen. Er ermahnt jedes Mitglied, sein ganzes Können einzusetzen, damit unser gestecktes Ziel erreicht wird und wir einmal sagen können: „Unser der Sieg“. Eine Diskussion wurde zum Bericht nicht geübt. Anzunehmen ist, daß die Verwaltung zur Zufriedenheit gearbeitet hat.

Den Kassenbericht vom 3. Quartal 1920 gab der Kassierer. Die Kasse und Bücher wurden von den Revisoren in bester Ordnung gefunden. Hierauf wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Neuwahl der Verwaltung wurde ordnungsgemäß erledigt.

Zu Punkt 4 gibt Kollege Fritz Keilhack einen ausführlichen Bericht von der Gewerkschaftsvereinsführung.

Zu Punkt 5 wurden örtliche Angelegenheiten erledigt; ferner unterbreitet Kollege Keilhack der Versammlung einen Antrag, der vom Vorsitzenden an die Hauptverwaltung eingeschickt wurde. Dieser Antrag wurde rege diskutiert. Kollege Gabler sprach seine Bedenken dazu aus, empfiehlt von seinem Standpunkt die Weiterleitung des Beschlusses nicht. Die Abstimmung ergab eine große Mehrheit; vier Stimmen waren dagegen. Anschließend stellt Kollege Joh. Mayer den Antrag, die Zahlstellenverwaltung soll kontrollieren, welche Zeitungen von den Kollegen gelesen werden. Hierauf folgt Schluß der Versammlung. Anwesend waren 60 Mitglieder.

**Paffan.** In der am 23. Dezember 1920 stattgefundenen Generalversammlung wurden zunächst mehrere Schreiben des Gauleiters Bredow verlesen, darunter auch zwei Abschriften von an die Betriebsdirektion gesandten Briefen. Diese Einsprüche gaben die strikten Weisungen zu unserem Vorgehen und Verhalten über die von der Direktion geplante Betriebsstilllegung, die nun aber nicht mehr in Frage kommt. Auch zu den Lohnunterschieden, die durch Nachzahlung bei den Malern als beigelegt betrachtet werden, während bei den Formern wegen der verwickelten Lage der Sache noch keine endgültige Klarheit geschaffen, erhielten wir Verhaltensmaßnahmen. Dann gab der Vorj. Benda einen umfassenden Jahresbericht, streifte die wichtigsten Ereignisse, wie die Arbeit des Vorsitzenden und der Verwaltung, forderte zum Schluß seiner Ausführungen alle zur tüchtigen Mitarbeit auf, bedauert anerkennend, daß so viele es nicht für ihre Pflicht hielten, in der Generalversammlung des Jahres zu erscheinen. Kollege Benda legte dann den Jahresbericht der Betriebsräte vor. Er hatte eine ausführliche Protokoll über die so wichtige letzte Betriebsversammlung vom 18. Dezember 1920, an welcher der Vertreter des Arbeitgeberverbandes teilnahm. Verhandelt wurde über Tarifungen, Arbeitszeitverkürzung, Nachzahlung der Differenzen und Verschiedenes. Der Erfolg dieser Sitzung war moralisch ganz auf unserer Seite. Erreicht wurde außerdem, daß in der Betriebsversammlung statt der vor 14 Tagen angekündigten drei Tage eben erst vier Tage gearbeitet wurde. Die Arbeit des Betriebsrates und des Vorsitzenden fand volle Anerkennung. Es wurde allen Mitgliedern aufs neue eingeschärft, daß es eine Hauptaufgabe unserer Zahlstelle sei, durch Heranziehung noch recht viele Kollegen mit Betriebsratsfähigkeiten auszustatten. Die Neuwahl der Verwaltung ging glatt vonstatten. Die Versammlung gab dem Ausschusse einstimmig das Recht, den Vorsitzenden Entschädigungen je nach Notwendigkeit zuzusprechen.

**Ratingen.** In der am 21. Dezember 1920 tagenden Generalversammlung gab der Kassierer einen kurzen Bericht über den Stand der Mitgliederbewegung innerhalb der Zeit vom 10. Januar bis 20. Dezember 1920. Der durchschnittliche Mitgliederbestand war 700. Der Stand der Kasse war als ein guter zu betrachten, da größere Auszahlungen an Unterstühtungen nicht vorliefen. Im Berichtsjahr fanden 14 Versammlungen und 12 Verwaltungssitzungen statt. Da in letzter Zeit der Besuch der Versammlungen wünschenswert war, kam die Verwaltung zu dem Beschlusse, im neuen Geschäftsjahre Kontrollkarten einzuführen. Die Verwaltungswahl ergab die Wiederwahl der engeren Verwaltung. Bei den Revisoren und Kartelldelegierten kamen Neubefugungen in Frage. Nachdem der Vorsitzende den mangelnden Versammlungsbesuch ernst gerügt und auf die Wichtigkeit des Versammlungsbesuchs aufmerksam gemacht, wurde beschlossen, jeder der anwesenden Kollegen solle es sich zur Pflicht machen, innerhalb des Betriebes mit Eifer zu werben und aufzuklären. Zur weiteren Aufklärung der Kollegen wurde beschlossen, auf Kosten der Zahlstelle einige Kollegen an den Kursen der Volkshochschule teilnehmen zu lassen. Sodann soll jeden Monat eine Versammlung abgehalten werden, zu der ein Referat über die Gewerkschaftsbewegung, die Bedeutung der Betriebsräte usw. spricht, gewonnen wird. Nachdem der Verwaltung Entlastung erteilt, wurde die Versammlung mit dem allgemeinen Wunsch, daß das nächste Geschäftsjahr ein regeres Interesse der einzelnen Kollegen aufweise, geschlossen.

**Röslau.** Unsere am 3. Januar tagende Zahlstellenversammlung war wiederum nur vom vierten Teil der Mitglieder besucht, obwohl alle Mitglieder auf § 12 des Statuts aufmerksam gemacht waren. Zum Kassenbericht vom 4. Quartal 1920 waren keine Einwendungen zu erheben. Dann erstattete Kollege Prell einen kurzen Parteibericht, daß sich der hiesige Ortsausschuß der Warenverkaufsstelle angeschlossen hat, was von den Kollegen freudig begrüßt wurde; ferner gab er einige Erläuterungen zum Heimstättengesetz. Sodann wurde beschlossen, die erhöhten Sekretariatsbeiträge von 2 auf 6 Pf. zu zahlen. Stark kritisiert wurde die Zustellung der nackten Tarifverträge. Es wäre wünschenswert, wenn anstatt der weißen Blätter den Zahlstellen Kommentare beigelegt würden. Ein Antrag Prells ein Exemplar der Gewerbeordnung anzuschaffen, wird einstimmig angenommen. Ein weiterer Antrag, die Bibliothek dem Ortsausschuß einzuverleiben (hat aber Eigentum der Zahlstelle zu bleiben), wird angenommen. Sodann stellt Kollege Lubriz den Antrag, von den nächsten Versammlungen ab Präsenzlisten zu führen; denjenigen Mitgliedern, die dreimal hintereinander der Versammlung fernbleiben, wird die Unterstützung entzogen. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen. Zu Schluß wird Klage geführt, daß die Mitglieder vom Fabrikarbeiterverband nicht übergetreten sind, sowie daß einige Jugendliche sich verweigerten, dem Verbandsbeitritt.

**Selb-Blöckberg.** Vor Eintritt in die Tagesordnung konnte festgestellt werden, daß der Ruf, den lehtin die Verwaltung an die Mitglieder richtete, nicht ungehört verhallte. War doch das Volk in den vergangenen Versammlungen stets bis auf den letzten Platz gefüllt, ein Zeichen dafür, daß der größte Teil unserer Mitglieder den Ernst der Zeit erfaßt hat. Hoffen wir, daß sich auch die Säumigen noch aufrufen, die Zukunft erfordert es. Zu Punkt 1, Betriebsratsbericht, erstattete denselben der nunmehrige Vorsitzende Dege. In allgemeinverständlichen Ausführungen konnte er der Versammlung einen Ueberblick über alle die Fragen geben, mit denen sich in letzter Zeit der Betriebsrat befassen mußte. Angeregt, daß selbst ein jeder seine volle Pflicht tun müsse, konnte der Betriebsrat die Zustimmung geben, alles zu tun, um allen Anforderungen, die großer Zahl ihn beschäftigten, Abhilfe zu schaffen, soweit sie gerechtfertigt und zu vertreten sind.

Punkt 2: Die neue Arbeitsordnung, erläuterte Kollege Griebhammer. Einwendungen gegen diese wurden in größerem Umfang nicht erhoben. Nach einigen Anfragen konnte zu Punkt 3: Das neue Lohnabkommen, geschritten werden. Hierzu hatte die Verwaltung den Kollegen Eiser (Selb) gewonnen, der an den Verhandlungen in Berlin teilgenommen hat. In einem dreiviertelstündigen Vortrage berichtete er der Versammlung das Ergebnis. Die Anwesenheiten nahmen mit regem Interesse Kenntnis. Das Endergebnis der langen und zeitweilig sehr scharfen Debatte war, daß die hiesige Pözellanarbeiterschaft das derzeitige Lohnabkommen als das schlechteste von allen bezeichnen muß. Eine direkte Herausforderung, wenn man bedenkt, daß Ledige ganz, Verheiratete zum Teil leer ausgehen. Ein beträchtlicher Teil unserer Kollegen ist gezwungen, ihre Frauen in die Fabrik zu schicken, eben wegen ihres gänzlich unzureichenden Einkommens. Unzufriedenheit erregte auch, daß man sich getraue ein solches Abkommen für ein volles Vierteljahr abzuschließen. Im Laufe der Debatte gab Kollege Eiser noch nähere Einzelheiten über den Verlauf der Verhandlungen selbst bekannt. Mit aller Entschiedenheit protestiert die Zahlstelle Selb-Blöckberg gegen ein derartiges Abkommen.

Unter Punkt 4: Sekretariatsfragen, wurde beschlossen, die Beiträge vorläufig auf die Lokalkasse zu übernehmen. Mit einem Schlußantrag, auch für die jüngeren Kollegen und Kolleginnen einmal etwas zu arrangieren, konnte mit dem Wunsche des Vorsitzenden, daß in Zukunft mit dem Besuch so bleiben möge, die Versammlung im Ende sein.

**Schmieberg i. N.** Eines überaus starken Besuches erfreute sich unsere am 3. Januar abgehaltene Mitgliederversammlung. Der Vorsitzende begrüßte die Kollegenschaft im neuen Jahre und dankte für das zahlreiche Erscheinen. Dann gedachte der Vorsitzende der verstorbenen Kollegin Anna Schöhl; die Versammelten ehrten wie üblich, ihr Andenken. Unter Punkt 1 gab unser Bezirkssekretär, Genosse Adam von Girsberg, ein Referat über soziale Verbesserungen in Deutschland, welches die Anwesenden mit vollem Interesse verfolgten. Unter Punkt 2 gibt Kollege Kretschmann einen ausführlichen Bericht von den neuen Lohnvereinbarungen. Durch die in Berlin geführten Verhandlungen unserer Vertreter mit dem Arbeitgeberverband hat das Lohnabkommen vom 1. Oktober 19



war noch weitere Gültigkeit, wird jedoch erweitert durch Gewährung einer Frauen- und Kinderzulage. Ferner ist die Auszahlung einer Wirtschaftsheilhilfe bis 15. Januar erreicht worden. Der Redner erläuterte alsdann die getroffenen Vereinbarungen, worauf er den Bericht zur Diskussion stellte. Die lebhafteste Diskussion gab reichlich Beweis über die immer höher anschwellende Unzufriedenheit der Belegschaft infolge der weiteren Verschlechterung des Arbeitslohnes, im Vergleich zu den noch immer aufsteigenden Preisen für alle Lebensmittel und Bedarfsartikel. Ferner wurde in der Diskussion hervorgehoben, daß seit Juni 1919 keine nennenswerte Lohnaufbesserung erfolgte, während gerade seit dieser Zeit der Arbeiterlasten neue materielle Lasten aufgelegt worden sind durch Steuerabzug, Erhöhung der Versicherungsbeiträge und Steigerung der Wohnungsmieten usw. In einzelnen Städten und Gemeinden kommt noch die Besteuerung des steuerfreien Einkommens hinzu, welches den Kollegen aufs neue schmälert das Lohnes einbringt usw. Die Versammelten hatten sich auf eine allgemeine Lohnerrhöhung gehofft, während diese neue Vereinbarung dem größten Teil der Kollegenschaft keine Verbesserung der Lage bringt. Die tariflich festgelegten Löhne, namentlich der Zeitlohnarbeiter, reichen in keiner Beziehung aus, um den notwendigen Lebensunterhalt zu bestreiten. Deshalb ist ein großer Teil der Kollegen leider gezwungen, ihre Frauen in die Fabrik zu schicken. Wohl begrüßen die Mitglieder den sozialen Gedanken von der Lohnänderung vom 22. Dezember 1920, doch halten sie diese Regelung lange für verfrüht, als nicht allen Arbeitern ein solches Auskommen sichert ist, mit welcher jeder einzelne seinem Körper die nötigen Nahrungsmittel zuführen kann, die er zur Aufrechterhaltung seiner Produktionsfähigkeit unbedingt beanspruchen muß. Dazu kommt, daß die Arbeiter schon jahrelang nicht an die so notwendige Ergänzung ihrer Garderobe, Leib- und Bettwäsche denken konnten. Die Regelung der Auszahlung der Wirtschaftsheilhilfe durch Kollegen Kretschmann ist Grund der neuen Vereinbarung wird anerkannt, obgleich die Höhe der Beihilfe leider nicht ausreicht, damit die Arbeiterchaft an Anschaffungen bei den heutigen Preisen herangehen könnte. Kollege Kretschmann erkennt eine Notlage der Zeitlohnarbeiter an, weist aber darauf hin, daß der Tarif nur Mindestlöhne festsetzt, so daß diesen Arbeitern durch Bezahlung über den Tarif je nach Leistung helfen werden kann. Diesbezügliche Schritte sind bei der Direktion unternommen, so daß auch hier ein Erfolg jedenfalls zu verzeichnen ist. Die Versammelten bringen aber darauf, daß bei der noch immer steigenden Teuerung eine allgemeine Lohnzulage für die gesamte Kollegenschaft durch den Vorstand gefordert werden muß und die Ablehnung durch die Arbeitgeber die Kollegen eine tariflose Zeit den besseren Zustand betrachten würden. Eine eingegangene Resolution fand die einstimmige Annahme in Schmiedeberg, Hirschberg, Schmiedsdorf und Haselbach.

**Resolution:** Die stark besuchten Mitgliederversammlung des Porzellanarbeiterverbandes in Schmiedeberg, Hirschberg, Schmiedsdorf und Haselbach fordern den Vorstand auf, bei dem Arbeitgeberverband eine neue, mindestens 25prozentige Lohnerrhöhung zu fordern. Sollten sich die Arbeitgeber hierzu ablehnend verhalten, so sehen die Versammelten eine tariflose Zeit als den besseren Zustand an, um ihre berechtigten Wünsche zur Durchführung zu bringen.

Unter Punkt „Verschiedenes“ kommen augenblickliche Betriebsverhältnisse, sowie örtliche Angelegenheiten zur Aussprache, worauf der Vorsitzende mit einem Appell an die Mitglieder, in diesem Jahre stets solch reges Versammlungszintresse zu zeigen und der Macht der strengen Organisation fernerhin eingedenk zu sein, die Versammlung schloß.

**Tettau.** Die sehr gut besuchte Zahlstellenversammlung vom 1. Januar hatte als Tagesordnung den einzigen Punkt: „Das neue Lohnabkommen“. Der Vorsitzende erläuterte an Hand des vom Hauptvorstand übersandten Schriftstückes das Lohnabkommen in ausführlicher Weise. Vor allem wird aus Mitgliederkreisen lebhaft kritisiert, daß das Lohnabkommen gerade eine Woche später eintraf, als es den Fabrikanten in Händen hatten. Es wird beantragt, den Hauptvorstand zu ersuchen, in Zukunft etwas pünktlicher zu sein. Der Vorsitzende ersucht, in die Diskussion über das Lohnabkommen einzutreten. Die zahlreichen Redner äußern sich in scharf kritisierendem Sinne gegen das Lohnabkommen, so daß es zeitweise zu ziemlich erregten Debatten kam.

Folgende Resolution findet einstimmige Annahme: „Die Versammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem neuen Lohnabkommen, das in keiner Weise den Vorschlägen und Kritiken in den Versammlungsberichten entspricht. Obwohl wir im Grunde keine Gegner der sogenannten „sozialen“ Zulagen für kinderreiche Familien sind, hatten wir aber mit Bestimmtheit eine allgemeine prozentuale Aufbesserung gleichzeitig erwartet. Wir verkennen in keiner Weise die Schwierigkeiten, die sich unseren Vertretern bei derartigen Verhandlungen in den Weg stellen, müssen jedoch den Hauptvorstand darauf aufmerksam machen, daß, wenn in Zukunft dem Vorschrei der Mitglieder nicht mehr Rechnung getragen wird, Selbsthilfe unbedingt Platz greifen muß.“

Mit dem Appell an die Jugend und unverheirateten Kollegen und Kolleginnen, auch trotz des für sie äußerst ungünstigen Lohnabkommens weiterhin treu zur Fahne zu halten, wurde die Versammlung geschlossen.

**Unterweißbach.** Nachdem der Gauleiter, Kollege Apel, die Zahlstellen Rauenstein, Limbach, Scheibe und Rappbütte besuchte, kam er am 16. Dezember 1920 auch unsere Zahlstelle und sprach in einem einstündigen Vortrag über allgemeine Gewerkschaftsfragen. Kollege Apel schilderte und gab der Versammlung Aufklärung, wie eigentlich die Organisation zustande kam: später sprach er über den Tarif. Zum Schluß seines Vortrages ermahnte er die Kolleginnen und Kollegen, treu zur Organisation zu halten, die Betriebsräte zu unterstützen, indem die Arbeiterchaft geschlossen hinter den Betriebsrat stehen müsse. Unter anderem sprach Kollege Apel bei der Firma Mann & Porzellan vor und bat den Betriebsleiter, den Betriebsrat zu unterstützen zu können. Der Empfang von Seiten der Firma durch Herrn Betriebsleiter Saar war ein derartiger, wie ihn Kollege Apel bei seiner so langen Tätigkeit in der Gewerkschaft noch nie von

einer Firma erlebt hat. An diesem Gebaren kann man schon erkennen, was der Betriebsleiter der genannten Firma für ein Herz für seine Arbeiter hat; noch nicht einmal hält er seinen Tarif der so hohen Klasse 2b ein; vielmehr versucht er ihn zu umgehen; dieses hauptsächlich bei der Hausindustrie (Malerei) und bei den Formern der Unterweißbacher Abteilung. Man glaubt, das Gauweissbach wird diesen Herrn zurückerweihen und der Arbeiterchaft ihr Recht geben. Die Gauleitung hat erkannt, mit welchem Unternehmer es der Betriebsrat zu tun hat; die letzten beiden Jahre sind hierfür Beweise. An Euch, Kolleginnen und Kollegen, liegt es, bessere und erträglichere Verhältnisse zu schaffen. Raßt Euch auf, streift die Gleichgültigkeit ab, besucht fleißig die Versammlungen, unterstützt die Verwaltung und Betriebsräte; denn ein altes Sprichwort sagt: „Nicht betteln, nicht bitten, nur mutig gestritten, nie kämpft es sich schlecht für Freiheit und Recht.“ Es wurde ferner die Neuwahl der Verwaltung vorgenommen.

Unter Punkt „Verschiedenes“ wurde beschlossen, eine Wirtschaftsheilhilfe von 500 Mk. für jeden Angehörigen der Fabrik, und 100 Mk. für jedes Kind zu fordern, welches einstimmig angenommen wird. Es werden dann noch mehrere örtliche Verhältnisse erledigt.

### Aufforderung!

Es fehlen noch die Listen über die Beitragsveränderung ab 1. Juli 1920 von folgenden Zahlstellen:

Arzberg, Bahreuth, Dresden, Eisenberg, Elmshorn, Elsterwerda, Fraureuth, Freienorla, Fürstenberg a. d. W., Gelschwend, Goldlauter, Gotha, Gräfenhain, Hennigsdorf, Hochstadt, Jeda, Rappbütte, Königsee, Küps, Lauf, Limbach, Marktlauch, Oberhausen, Oschatz, Osterode, Preßlig, Schwarzenberg, Schweidnitz, Selb, Sigendorf, Steinbach, Steinwiesen, St. Georgen, Suhl, Tallowitz, Triptitz, Velten, Waldsassen und Weisel.

Ich ersuche die Verwaltungen vorgenannter Zahlstellen, die Listen über die Beitragsveränderung umgehend einzusenden.

Wilh. Herben.

### Versammlungs-Anzeigen.

**Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.**

**Berlin-Charlottenburg.** Sonnabend, den 20. Januar, abends 6 Uhr im Speisesaal der Siantichen Porzellan-Manufaktur.

**Bonn.** Sonnabend, 22. Januar, abends 3 Uhr, in der Phönixhalle, Kölnstr. 17.

**Velten.** Freitag, 21. Januar, nachmittags 4 1/2 Uhr, bei A. Paris.

### Breslau. Sektion der Figuristen.

**Sonntag, 23. Januar:** Bunter Abend im Lokal zum „Pessing“, Adalbertstraße. Die Sektionsleitung.

### Arzberg.

Die Mitglieder treffen den Kassierer in seiner Wohnung an jedem Wochentag von 1/2 6 bis 7 Uhr abends. Auszahlung von Unterstützung jeden Samstag von 12-4 Uhr nachmittags.

Robert Juffa; Bahnhofstr. 228a (Konsum).

### Ehrenerkärung.

Die am 23. Dezember in dem Betrieb der Firma Meyler & Ortloff gegen den Betriebsrat und dessen Vorsitzenden und unseren Verband erhobenen Beleidigungen nehme ich mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.

Otto Erhardt, Zahlstelle Aimenau.

### Dank.

Für die mir anlässlich des Ablebens meines Mannes gewährte Unterstützung in Höhe von 772,55 Mk., sowie für die Kranzspenden und die Teilnahme an der Beerdigung, allen Mitgliedern der Zahlstelle sowie der Direktion der Porzellanfabrik Kloster Weilsdorf meinen innigsten Dank.

Ida Dressel nebst Kindern, Kloster Weilsdorf.

### Briefkasten.

Versammlungsberichte aus Magdeburg und Wallhausen mußten wegen Raummangel zurückgestellt werden.

### Storbtafel.

**Eisenberg.** Karl Körner, Maler, geboren am 6. April 1858, gestorben am 4. Januar an Asthma. Mitglied seit 1911.

**Elsterwerda.** Lina Kiebler, Glasurerin, geboren am 15. Juli 1904 zu Rahl, gestorben am 4. Januar an Diphtheritis. Mitglied seit 1919.

**Schnee.** Max Wegner, Maler, geboren am 9. April 1893, gestorben am 28. Dezember 1920 an Lungenleiden. Mitglied seit 1919.

**Schorndorf.** Maria Hohenegger, Druckerin, geboren am 1. Juni 1894, gestorben im Wochenbett am 31. Dezember 1920. Mitglied seit 1920.

**Selb.** Wilhelm Baumgärtel, Dreher, geb. am 9. Juli 1882, gestorben am 30. Dezember 1920 an Rippenfellentzündung. Mitglied seit 1911.

**Tiefenfurt.** Marie Heinrich, Verpügerin, geboren am 29. Oktober 1864 zu Schöndorf, gestorben am 8. Januar an Herzschlag. Mitglied seit 1918.

**Rardamm.** Robert Benz, Dreher, geboren am 4. September 1858 zu Uedermünde, gestorben am 8. Januar an Nierenleiden. Mitglied seit 1918.

Ehre ihrem Andenken!



## Berlin-Charlottenburg.

### Gedenkfester

zur Verschmelzung der beiden Zahlstellen Berlin-Charlottenburg am Sonnabend, 29. Januar, abends 6 Uhr, im Speisesaal der Staatlichen Porzellanmanufaktur. Station: Stadtbahnhof Tiergarten.

Indem wir einige genugsame Stunden in Aussicht stellen können, erwartet eine zahlreiche Beteiligung Die Verwaltung.

## Zahlstelle Dresden. Ortsgruppe Meißen.

Sonnabend, 22. Januar 1921

### Wintervergnügen

in der Seipelsburg, bestehend in Konzert, Gesang, Turnen, Plastiken (Meißener Porzellan). Anfang 8 Uhr. Zahlreichen Besuch erwartet Der Vergnügungsausschuß.

## Rudolstadt.

Alle Arbeitslosen, die Mitglieder des Porzellanarbeiterverbandes sind, haben sich im Bezirk Rudolstadt beim Geschäftsführer unserer Zahlstelle, Kollegen Edmund Siegel, Rudolstadt, Forwerkstraße 13, zu melden und dort ihre Arbeitslosensmarken zu kleben. Wer dieses unterläßt, hat die statistischen Beiträge auch für die Dauer der Arbeitslosigkeit zu entrichten. Die Verwaltung.

## Quittung.

Für unseren Kollegen Gypel gingen aus den Zahlstellen folgende Beträge ein: Althaldensleben 15,-; Annaburg 15,-; Anna 10,-; Berlin SO. 20,-; Berlin N. 30,-; Bonn 30,-; Brattendorf 20,-; Burgau 10,-; Charlottenburg 20,-; Coburg 25,-; Colditz 10,-; Eisenberg 20,-; Elberfeld 10,-; Elmshorn 10,-; Flörsheim 10,-; Frankfurt a. O. 10,-; Freiberg 10,-; Gräfenhal 10,-; Grünhain 10,-; Hain 20,-; Hohenberg a. Eger 20,-; Hornberg 10,-; Jämenau 20,-; Jecha 10,-; Kahla 10,-; Karlsruhe 10,-; Kloster Weiskdorf 10,-; Königszelt 20,-; Köppelsdorf 60,-; Laasdorf 10,-; Lettin 5,-; Limbach 20,-; Magdeburg 15,-; Margarethenhütte 10,-; Marktredwitz 20,-; Mannheim 5,-; Meuselwitz 50,-; Meuselwitz 10,-; Müritzersee 15,-; Neuhaldensleben 10,-; Passau 10,-; Plaue 10,-; Potichappel 15,-; Rauenstein 10,-; Rheinsberg 20,-; Rodach 10,-; Scheibe 10,-; Schirnding 10,-; Schleusingen 20,-; Schlierbach 20,-; Schönwald 15,-; Selb 70,-; Selb-Plößberg 20,-; Sophienau 15,-; Sorau 10,-; Staffel 30,-; Suhl 20,-; Teltow 20,-; Tettau 15,-; Tiefenfurt 20,-; Vohrenstraße 10,-; Waldenburg 20,-; Waldjassen 10,-; Weiden 20,-; Weißwasser 30,-; Wittenberg 25,-; Zwickau 10,-; von den taubstummen Kollegen in Selb 30,50; von Pauline Fröger, Elsterwerda, 5,- M. Summa: 1185,50 M.

Allen Gebern herzlichen Dank. Die Sammlung ist geschlossen. Die Verwaltung der Zahlstelle Elsterwerda. J. A.: Richard Ulrich, Kassierer.

## Quittung.

Für unseren Kollegen Jehu gingen aus den Zahlstellen folgende Beträge ein: Althaldensleben 15,-; Annaburg 10,-; Anna 10,-; Charlottenburg 20,-; Elmshorn 20,-; Elsterwerda 20,-; Frankfurt a. O. 10,-; Freiberg 10,-; Gräfenhal 10,-; Hain 10,-; Hornberg 10,-; Jämenau 20,-; Kahla 10,-; Kloster Weiskdorf 10,-; Königszelt 20,-; Köppelsdorf 60,-; Limbach 20,-; Magdeburg 15,-; Mannheim 5,-; Margarethenhütte 20,-; Marktredwitz 20,-; Neuhaldensleben 10,-; Passau 10,-; Plattenhammer 10,-; Plaue 10,-; Plößberg 10,-; Preßtig 115,-; Rauenstein 10,-; Scheibe 10,-; Schlierbach 25,-; Schönwald 15,-; Sophienau 15,-; Sorau 10,-; Selb 70,-; Selb-Plößberg 30,-; Steinbach 60,-; Steinwiesen 110,-; Tettau 50,-; Tiefenfurt 20,-; Vohrenstraße 10,-; Waldenburg 20,-; Waldershof 10,-; Waldjassen 10,-; Weiden 20,-; Weißwasser 20,-; Zwickau 10,-; vom Maler-Personal Kössen 64,- M. Summa: 1098 M.

Die Sammlung ist geschlossen. Allen Gebern unseren besten Dank. Für die Zahlstelle Steinbach a. Wald. Der Kassierer: Johann Marbin.

## Berichtigung.

In der in Nr. 53 „Die Ameise“, 1920, veröffentlichten Quittung für Mitglied Hartmann, Neuhaldensleben muß es anstatt „Charlottenburg“ heißen: „Charlottenbrunn“ (Zahlstelle Sophienau) 15,- M.

## Arbeitsmarkt.

Offertbriefe, denen kein frankiertes Subert beiliegt, werden nicht weiter befördert.

Graber empfiehlt sich zur Anfertigung von Stahlplatten in handwerklicher Ausführung. Offerten unter „Graber“ an die Redaktion der „Ameise“.

Robelabgischer Fortschritts- und Kapselfreier, die in ihrem Fach selbstständig arbeiten, zur Einrichtung einer Oberfränkischen Geschirrfabrik gesucht. Wegen Wohnungsverhältnisse Angabe des Alters und Familienstandes erbeten.

Arbeitslose suchen ein rüstiges oder das Sanatorium Oberfranken, zu Gärten des Sanatoriums Hermann Redow, Marktredwitz, Klingenbergstr. 8.

Wir suchen für dauernde Beschäftigung einen tüchtigen Polychromen, der an Gipsfiguren und Reliefs Dekor (wie Bronze, Stein, Altmarmor, Majolika usw.) ausführen kann. Kupferstr. 11. Lenzmann, G. m. b. H., Detmold.

### Tüchtiger Maler

für Gipsfiguren findet sofort Anstellung. Breslauer Kunstfiguren-Fabrik Tonini & Tabeni, Breslau III.

Perfekter Brenner, der das Segen und die Aufsicht im Brennhaus mit übernehmen kann, gesucht. Der/elle muß vor allen Dingen mit dem Verfeuern oberschlesischer Kohle vertraut sein. Angebote unter S. Z. an die „Ameise“ erbeten.

Tüchtiger Formengießer sofort gesucht. Krieger Porzellanindustrie, Akt.-Ges., Waldenburg i. Schl.

Zu möglichst sofortigem Antritt suchen wir tüchtige Isolatorendreher. Zeugnisabschriften und nähere Angaben über Alter, Familienverhältnisse usw. sind beizufügen. Porzellanfabrik Teltow, G. m. b. H., Teltow bei Berlin.

## Geschäfts-Anzeigen.

Alles staunt über die hohen Preise, die ich für Goldabfälle, wie Asche, Schmiere, Lappen, Pinsel, Flaschen, etc. zahle. Darum schickt alles zu A. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, Sa.

## Emil Böhme & Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmiere u. alle goldhaltigen Sachen. Besteßtes Geschäft dieser Art. Reelle u. pünktliche Bedienung. Man verlange Prospekte.

Goldhaltige Schmiere — Lappen — Asche — Pinsel — Flaschen — Malrückstände usw. zum Einschmelzen kauft M. Köhler, Dresden-A., Gerichtstr. 8, II. Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

## Bremer Qualitäts-Zigarren

mit ca. 33% Rabatt, à Stück 75, 80, 90 und 110 Pf. Versand von 50 Stück ab in Originalpackungen. Nordh. Kautabak 15 Rollen 24,- M.

### Cognac-Weinbrand

erstklassige Ware, 38 bis 40%, flaschenweiser Versand, à Flasche 58,- M. Von 2 Flaschen ab franco Nachnahme. Bei Sammelaufträgen extra Vergütung. Universal-Versand, Hermsdorf, S.-A.

Goldschmiere, Goldblappen, Goldflaschen und alle in der Bergbauerei vorkommenden Abfälle kauft zu höchsten Tagespreisen bei schneller und reeller Bedienung Oskar Rottmann, Stadtilm i. Th.

Die billigen Schuhe für Fabrikarbeiter sind Hüttenhühner — Segeltuchoberteil, Ledersohle u. Zwickel. — Recht vorteilhaft kaufen Sie außerdem warme Schuhe u. Pantoffel f. d. Straße u. Haus, Turnschuhe.ämtl. Lederschuhwaren in nur guten Qualit. billigst. Berlin Sie illust. Preisliste gratis. Bei Sammelaufträgen entspr. Rabatt. R. Meyer, Schuhversand u. Pantoffelfabrik, Weißwasser (D.-L.).

## Goldhaltige Lappen — Asche — Schmiere Pinsel, Paletten, Näpfe, leere Goldflaschen

(mit Stößel zahle 10—20 Pf., je nach Gehalt, bei größeren auch bedeutend mehr), überhaupt alle Malrückstände und ausgebranntes Gold kauft die Scheideanstalt von

Max Haupt, Dresden-A., Bönisch-Platz 17.

## Die neueste Verschlechterung des Marktfusses bedingt sofortigen Schwammeinkauf!

Offeriere hierdurch Bymocca-Levantiner Schwämme zu 4 bis 10, 15, 20 bis 40 M. per Stück für Dreher, Glasur, Brenner, Druckerei; Hartheadschwämme, runde Form, klein, 100 Stück 125 M. mittlere 100 Stück 550 M., mittlere Hartheadschwämme, flache Form gepreßt, das Pilo, 80 Stück enthaltend, 200 M.; für Steingutfabrik große, billige, weiche Bymocca 10 bis 15 M. pro Stück; große Hartheadschwämme, gepreßt, das Pilo, 35 bis 40 Stück enthaltend, 350 M. prima echte „Elephantenohren“ 850 M. f. pro Pilo. Abgabe einzelner Schwämme oder Ansichtsendungen nicht möglich. G. Michelsohn, Schwammgröbhandlung, Berlin G. 25, Prenzlauerstr. 4.

### Kaufe

alte „Decorative Vorbilder“ Grabil, Berlin, Blumenstr. 8.

Gold, Platin u. Silberabfälle aller Art		Gold-, Platin-, Silberpreis auf Anfrage
Beste Qualität	Profil	
Seitert, Zwickau i. S., Osterweihstr. 32		

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen. Redaktion: Rob. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 4. Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 4. Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstr. 22.